

Die Wahrheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. für Volksbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., wofür die Postgebühren, der Preis für Deutschland und Österreich 20,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Breite Straße 5-8.

Die achtspaltige Konparatabelle über den Reum kostet 5,- M. einschließlich Frachtposten. Keine Nachfragen. Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Frachtposten. Einzelne Ausgaben, Kantensätze, Familien-Anzeigen und Stellen-Anzeigen 2,50 M., nach dem Text. Stellen-Anzeigen in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4518 4602, 4615, 4618, 4622.

# GTREIF

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die Wahrheit über Rußland

Von Wilhelm Dittmann.

Im deutschen Proletariat herrschen sehr verworrene Ansichten über die Zustände in Rußland. Die Sympathie mit der russischen Revolution verleitet oft zu den wunderbarsten Illusionen. Man begegnet nicht selten der naiven Vorstellung, in Rußland lägen eigentlich Lebensmittel und Naturschätze in aller Art in Hülle und Fülle bereit und es fehle nur an Transportmitteln, um alles nach Deutschland zu bringen und hier der Not ein Ende zu machen. Mancher Arbeiter, der in Deutschland der heimischen Misere entfliehen möchte, wartet nur auf eine günstige Gelegenheit, nach Rußland, dem Ziel seiner Wünsche, auszuwandern zu können. Romantiker träumen gar davon, daß die russische rote Armee nach Deutschland marschiere, hier die Räterepublik errichte, dann gemeinsam mit dem revolutionären deutschen Proletariat die Revolution nach Frankreich tragen und so die Weltrevolution verwirklichen werde. Daß in Rußland die Diktatur des Proletariats auf der Grundlage des Räteprinzips errichtet und der Wille der Massen in Politik und Wirtschaft bestimmend sei, gilt so sehr als ausgemachte Sache, daß Zweifel daran einfach abgewiesen werden. Blinde Schwärmer und gläubige Anbeter haben Sowjet-Rußland zu dem Idealstaat gemacht, in dem alles Leid des Proletariats ein Ende hat. Die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zu Rußland und der Anschluß unserer Partei an die 3. Internationale wird nicht selten deshalb gefordert, um baldmöglichst teilhaben zu können an dem Wohlstand und der Freiheit, die man in Rußland errichtet wähnt. Rußland ist der helle Hoffnungstern in der Nacht des Elends, aus dem Erlösung erhofft wird. Alles Heil wird mit fast religiöser Zuversicht von Moskau erwartet.

Die bisherige Abgeschlossenheit Sowjet-Rußlands von Westeuropa hat nicht wenig dazu beigetragen, daß diese Wirklichkeitsremden Vorstellungen sich herausbilden und festsetzen konnten. Hätten deutsche revolutionäre Proletarier in enger persönlicher Fühlung mit dem bolschewistischen Rußland sein können, dann hätten solche Illusionen gar nicht aufkommen, geschweige denn sich festsetzen können. Kommen jetzt deutsche Arbeiter voller Begeisterung für das erträumte Eldorado nach Rußland, so sind sie entsetzt und niedergeschmettert über die Zustände, die sie vorfinden, wie es dem größten Teil des ersten Auswanderertransportes deutscher Industriearbeiter ergangen ist, mit dem uns der Zufall auf unserer Reise nach Moskau zusammengeführt hatte. Solche unvermittelten Ernüchterungskuren auf russischem Boden führen leicht zur Entfremdung und wirken der Annäherung zwischen dem deutschen und dem russischen Proletariat entgegen, die im beiderseitigen Interesse notwendig ist. Um es erforderlich, daß alle, die in Rußland die Zustände an Ort und Stelle kennengelernt haben, sie den deutschen Arbeitern ohne Voreingenommenheit und ohne Schönfärberei so schildern, wie sie wirklich sind.

Bei der Betrachtung russischer Verhältnisse muß man vor allem denken an die kulturelle, wirtschaftliche, soziale und politische Rückständigkeit und Eigenart dieses Riesens Reiches und darf sich nicht einbilden, daß die Revolution diese Erbbschaft der Vergangenheit plötzlich hätte abschütteln können. Des weiteren muß man sich stets vor Augen halten, daß der ununterbrochene Kriegszustand, in dem sich das Land seit 1914 befindet, seine Wirtschaft aufs äußerste geschwächt und zerrüttet, seine Kräfte aufgerieben hat. Die einfachste Überlegung muß schon aus diesen beiden Gründen zu der Erkenntnis führen, daß in Rußland selbst dann keine ruhmreichen Zustände herrschen könnten, wenn das ganze Land in vollster Harmonie an seinem Wiederaufbau arbeiten würde. Tatsächlich aber befindet es sich seit 3½ Jahren im schärfsten Bürgerkrieg im Innern. Es wird in allen seinen inneren Einrichtungen vor Grund auf revolutioniert und umgestellt, während es gleichzeitig nach außen um seine Existenz kämpfen muß. Wie können da derart idyllische Verhältnisse entstehen, wie sie sich die Phantasie bei uns ausgemacht hat?

Der Hauptrepräsentant der russischen Rückständigkeit ist der Bauer. Und in diesem Lande sind 75 Prozent der Gesamtbevölkerung Bauern! Aber nicht Bauern im westeuropäischen Sinne. Kein Bauer, die noch vor wenigen Jahrzehnten Leibeigene waren, „zwei beinige Tiere“, Jahrzehnten vor den deutschen Industriearbeitern in wie Däumig vor den deutschen Bauern, die noch bis zur Revolution unter der Knute des Zarenregiments in Rechtslosigkeit und schwarzer Unwissenheit hinvegetierten. Die Revolution hat diese primitiven Menschen nicht ändern können. Sie sind auch heute weder Sozialisten noch Kommunisten, haben von Politik, Staat und Gesellschaft überhaupt kaum rechte Vorstellungen. Sie können meist nicht lesen und nicht schreiben, ihr allgemeiner Horizont reicht kaum über ihre eigene Scholle hinaus, wie es etwa beim deutschen Bauern im Mittelalter der Fall gewesen sein mag. Diese träge Bauernmasse, dieser gewaltige Block von 75 Prozent der Gesamtbevölkerung, wurde trotz seiner Indifferenz, ja Antipathie gegenüber Sozialismus und Kommunismus zum Fundament der bolschewistischen Herrschaft.

#### Die neue Sühneforderung

##### Die Früchte der nationalistischen Hege Die französische Sühnernote

Berlin, 31. August.

Die von dem französischen Botschafter heute überreichte Note hat folgenden Wortlaut:

Herr Minister!

Im Anschluß an meine Note vom 27. d. M. beehre ich mich Excerz Excellenz die Bedingungen der Regierung der Republik für die Beilegung des ersten Zwischenfalls bekanntzugeben, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August d. J. zugegetragen hat:

1. Das Konsulat wird von der deutschen Regierung auf ihre Kosten wieder in Stand gesetzt.

2. Die Deutsche Regierung zahlt 100 000 Franken zur Entschädigung der Konsulatsbeamten für die bei der Plünderung erlittenen materiellen Verluste, für den Schaden, der ihnen etwa durch Vernichtung ihrer auf dem Konsulat hinterlegten Wertpapiere und Urkunden entstanden sein könnte, und für die besonderen Aufwendungen, zu denen der Vorfall sie genötigt hat.

3. Alle an dem Ueberfall Beteiligten werden er mittelt und bestraft. Das Ergebnis der Ermittlungen wird der Botschaft binnen acht Tagen mitgeteilt.

4. Gegen die Ortsbehörden, durch deren Einverständnis, Fahrlässigkeit oder Gleichgültigkeit die Ausführung des Ueberfalls möglich geworden ist, werden disziplinarische Maßnahmen getroffen, von denen die Botschaft innerhalb der gleichen Frist Mitteilung erhält.

5. Nach vollständiger Erfüllung dieser Bedingungen wird das Konsulat in Gegenwart des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien und des französischen Botschaftsrats wieder eröffnet. Die Flagge wird gleichzeitig gehißt und weht bis 7 Uhr abends. Eine Kompagnie Reichswehr mit Musik erweist die Ehrenbezeugung und defiliert vor dem Konsulat. Das Programm des Festganges wird im Einverständnis mit der Botschaft festgesetzt.

Da die Regierung der Republik der Ansicht ist, daß die Gewalttat gegen das französische Konsulat in Breslau auf die nämlichen Ursachen wie die Beleidigung der französischen Botschaft vom 16. Juli zurückzuführen ist, verlangt sie außerdem sofortige disziplinarische Maßnahmen gegen Hauptmann von Arnim.

Die Regierung der Republik wünscht mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Beruhigung und Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten. Aber sie muß feststellen, daß eine lange Reihe feindseliger Kundgebungen und Angriffe gegen ihre zivilen und militärischen Vertreter in Deutschland bezeugt werden; daß es gewisse Elemente auf Herausforderungen abgesehen, zu denen das regelmäßige Ausschleiben einer Bestrafung geradezu ermutigt. Sie ist überzeugt, daß dieser unerträgliche Zustand sich von Tag zu Tag verschlimmern wird, wenn die deutsche

Regierung nicht durch deutliche Mißbilligung und nachdrückliche Strafen zeigt, daß sie dem ein Ende setzen will.

In diesem Sinne beehre ich mich, im Antrage meiner Regierung die Forderung zu stellen, daß die Deutsche Regierung für alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige gewesen sind, mir in der Botschaft binnen kürzester Frist durch Seine Excellenz den Reichskanzler ihr Bedauern ausdrückt und zugleich die Zusage erteilt, daß die in der vorliegenden Note geforderte Genugtuung in vollem Umfang gewährt werde.

Im übrigen behalten sich die verbündeten Regierungen selbstverständlich vor, die Sühne und Wiedergutmachung zu verlangen, die die Uebergriffe gegen die Interalliierten Kontrollkommissionen und ihre Mitglieder zu erfordern scheinen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. ge. Charles Laurent.

Die französische Note enthält, wie vorauszusehen war, außerordentlich harte Bestimmungen. Sie fallen denen zur Last, die fortgesetzt in unverantwortlicher Weise das deutsche Ansehen herabwürdigten und durch ihre Uebelkeiten den unfreundlichen Empfindungen, die bereits jenseits des Rheins vorherrschen, Vorschub leisten. Mitgefühl tragen auch die Hegeorgane vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung“, der „Deutschen Zeitung“ und des „Volks-Anzeigers“. Wie dort liebevoll jedoch so nebenläufige und formale Angelegenheit aufgebauscht wird, um die nationalistischen Instinkte wachzurufen, das kann nur zu solchen Fahren, wie wir sie in Breslau und jetzt in Moskau erlebt haben. Das wird dieselben Wälder nicht abhalten, aufzuschreien über die Demütigung. Gerade die Aldeutschen und ihre Presse, die ihr Deutschtum und ihre nationale Würde nicht oft genug anpreisen können, sie sind es, die am stärksten gegen die nationale Würde verstößen und diese fortgesetzten Demütigungen verschulden.

Aber auch die französische Regierung soll sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß der gemeinsame Wille zum Frieden und zur Arbeit nur verwirklicht werden kann, wenn auch sie alle Rücksicht auf die Rechte der deutschen Bevölkerung nimmt und Streitfälle wie diese in weniger aggressiver Form verfolgt. Sonst bleiben die Beteuerungen von Frieden und Arbeit nur schöne Worte. Sie darf nicht vergessen, daß das deutsche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit und ganz besonders die Arbeiterschaft diese Ausschreitungen entschieden verurteilt. Danach sollte die französische Regierung handeln und nicht das ganze Volk verantwortlich machen für die Taten einer Handvoll verheerter Menschen.

Das materielle Interesse leitete die Bauern an das revolutionäre Regiment, das ihnen nicht nur Frieden, sondern auch Land in beträchtlichem Umfange brachte, das Land der Gutsbesitzer. Der russische Bauer hat jetzt mehr Land, zahlt jetzt weder Steuern an den Gutsbesitzer noch an den Staat, braucht deshalb Getreide, Vieh, Milch, Butter usw. nicht mehr wie früher zu verkaufen, um das Geld für die Steuern aufzubringen. Er kann diese Produkte teils selbst verzehren, teils im Schleichhandel verkaufen und den Erlös behalten, soweit er sie nicht bei Requisitionen zu den staatlich festgesetzten Preisen abtreten muß. Ist es da ein Wunder, daß die „antikollektivistischen“ Bauern die bolschewistische Regierung, die ihnen diese gewaltige Verbesserung ihrer materiellen Lage beschert hat, verteidigen, aus Angst, daß ihnen ein anderes Regime Land und Steuerfreiheit wieder nehmen könnte? Nebenbei: Wo haben wir in Deutschland einen solchen materiellen Kitt, der drei Viertel der Gesamtbevölkerung so fest an eine sozialistische Regierung bindet, wie die Landfrage die russische Bauernmasse an die Bolschewistenherrschaft fesselt? Allerdings nur solange fesselt, als der Eigentumstempel im Bauern nicht durch ernstliche Versuche, den Kommunismus auf dem Lande in die Praxis umzusetzen, zur Gegenwart aufgestachelt wird. Einstweilen hat der russische Bauer davon noch Ruhe, und so ist auch er noch ruhig. Es zeigen sich aber die kommenden Konflikte schon darin, daß der Bauer seine Produkte nicht mehr gegen wertlose Papierwäpeln, sondern nur gegen Industriewaren hergeben will und aus Furcht vor den Requisitionen viel Land unbenutzt liegen läßt. Vorläufig haben die bolschewistischen Experimente mit kommunalen und genossenschaftlichen Gütern für die russische Landwirtschaft nicht mehr Bedeutung als etwa unsere landwirtschaftlichen Versuchsgüter und Musterfarmen für die deutsche Landwirtschaft. Sozialismus und Kommunismus gibt es in Rußland auf dem Lande zunächst noch nicht.

Wie auf dem Lande, so lagen auch in den Städten und Industriezentren Rußlands die Verhältnisse für eine proletarische Erhebung durch die eigenartige soziale Schichtung der Bevölkerung günstiger als in irgend einem anderen Lande der Welt. Der Kapitalismus ist künstlich nach Rußland verpflanzt worden. Er hat sich

dort nicht aus dem Handwerk und der Manufaktur zum maschinellen Großbetrieb allmählich entwickelt, wie bei uns, sondern ist vom ausländischen, besonders französischem und deutschem Großkapital, erst im Laufe der letzten Jahrzehnte in Gestalt moderner Riesenbetriebe treibhausmäßig ins Leben gerufen worden. Das Proletariat rekrutierte sich vornehmlich aus Bauern oder Abkömmlingen von Bauern. Eine starke heimische Bourgeoisie fehlte ebenso wie ein entwickeltes städtisches Handwerk, die sich als starke politische Faktoren einer proletarischen Erhebung hätten entgegenstellen können, als das alte Heer und die staatliche Bureaucratie zusammenbrachen. Da die großen Industriewerke meist ausländischen Kapitalisten gehörten, verlor deren Enteignung unmittelbar keine großen heimischen Interessen. Wie auf dem Lande, so konnte deshalb auch in der Stadt und in den Industriezentren Lenin zündende, auf die primitive Geisteserfassung der Bauern und Arbeiter eingestellte Parole: „Enteignet die Enteigner! Mündert die Mündere! Raubt das Geraubte!“ ohne große Widerstände wörtlich befolgt werden. Wie die Bauern das Land der Gutsbesitzer, so nahmen die Industriearbeiter die Werke und Betriebe der Kapitalisten unmittelbar an sich.

Das war jene erste Zeit der bolschewistischen Revolution, in der das Wort: „Alle Macht den Arbeitern, Bauern und Soldaten-Räten!“ alles beherrschte. Diese Zeit ist heute längst vorbei! Sie hat kaum ein Jahr gedauert. In ihr kamen die bolschewistischen Führer zu der niederdrückenden Erkenntnis, daß weder die stumme Bauernmasse in den Dörfern, noch die Mehrheit des Industrieproletariats für die demokratische Selbstverwaltung der Wirtschaft und des Staates in sozialistischem Sinne reif und fähig war. Das war uns schon im Sommer 1917 während der Kerenski-Periode in Moskau von den Führern der internationalen Menschewiki vorausgesagt worden. Die Bolschewiki bestritten es damals, sie bauten auf die „Schöpferkraft der Masse“. Sie haben dann die Probe auf das Exempel gemacht. Die Masse hat die Probe nicht bestanden, sie hat verjagt, sie mußte verjagt! Die Masse der russischen Bauern und Arbeiter! Das heißt: eine kulturlose, wirtschaftlich und

politisch unwissende, urteilslose und daher handlungsunfähige Masse!

Die Bolschewiki standen vor der Alternative, ihren fähigen Versuch aufzugeben, auf die vorkapitalistische russische Wirtschaftsstruktur eine sozialistische Produktionsweise aufzupropfen, wie man ein Edelreis auf einen Wildling aufzupropfen, oder aber ihre Methode zu ändern. Sie taten das Letztere, um sich allein in der Herrschaft halten zu können. Sie gaben die Idee der demokratischen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Proletariats preis und gingen Schritt für Schritt dazu über, ein System des staatslichen Zwanges auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens einzuführen. Dabei mußten sie aus der Diktatur des Proletariats, die sie ursprünglich gewollt hatten, eine Diktatur über das Proletariat machen, das Proletariat als Klasse, als Gesamtheit ebenso zum Objekt ihrer Politik machen, wie die stumpfe Bauernmasse. Beides aber war nur deshalb möglich, weil Bauern und Arbeiter infolge ihrer Unbildung politisch indifferent und passiv sind, seit jeher gewohnt, von oben her selbstherrlich regiert und geleitet zu werden. Nur auf dem Fundament der Passivität und Kulturlosigkeit der russischen Volksmasse in Stadt und Land konnte die bolschewistische Diktatur errichtet werden.

Die Bolschewiki, die sich jetzt „Kommunisten“ nennen, betrachten sich als die „Vorhut des Proletariats“, als seinen Vorwand, der es erst zur Mündigkeit erziehen müsse. Sie wollen nunmehr den Sozialismus von oben her verwirklichen, durch die Diktatur, nachdem seine Durchsetzung von unten her, auf demokratischem Wege, mißglückt ist. Der Machtapparat, dessen sie sich dabei bedienen, besteht aus der neuen Sowjetbureaucratie und der roten Armee. Beide werden wiederum beherrscht von der Partei, die sie durchsetzt und mit ihrem Geiste zu erfüllen sucht. Über auch die „Kommunistische Partei“ hat sich nicht auf demokratischem Wege organisch entwickeln können, sondern ist sprunghaft gewachsen und besteht in ihrer Masse aus Mitgliedern, denen Sozialismus und Kommunismus noch wenig vertraut sind. Nur bei einer verhältnismäßig kleinen Elite der Partei trifft das zu, einem Kreis von Führern, der deshalb geistig die Partei beherrscht und zur Sicherung seiner Diktatur eine straffe militärische Organisation der Partei durchgesetzt hat. So beherrschen die Führer der Partei, Lenin, Trotski, Sinowjew, Kadel, Bucharin u. a. diktatorisch die Kommunistische Partei, durch die Partei das Proletariat, durch das Proletariat die Bauernmasse und somit die Gesamtheit der russischen Bevölkerung. Der dauernde Kampf mit der Konterrevolution und dem Ententeimperialismus hat natürlich die Entwicklung zur Diktatur, Bureaucratifizierung und Militarisierung ungemein begünstigt und mit verurteilt, und vor allem den organisierten Terror herangezogen, der von den „Inherrentlichen Kommissionen“ dauernd ausgeübt wird. Nach dem offiziellen Bericht des Revolutionären Tribunals sind vom 15. Juni bis 15. Juli dieses Jahres, also innerhalb eines Monats, noch 893 Personen auf Geheiß der Außerordentlichen Kommissionen erschossen worden, außer den „administrativen“ Erschießungen. Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit und persönliche Freiheit sind für andere als Kommunisten so gut wie aufgehoben, die Wahlen zu den Sowjetkörperschaften erfolgen öffentlich in Versammlungen, geheime Wahl ist verboten. Die Wahlen sind meist indirekte und erfolgen unter terroristischem Druck, so daß eine Opposition schwer auskommen kann, unbenqueme Wahlen werden lassiert. Darüber habe ich in Moskau aus absolut zuverlässiger Quelle allerlei Beweismaterial erhalten.

Die allgemeine Wehrpflicht ist wieder eingeführt, Deserture werden erschossen. Ebenso ist das Wirtschaftsleben militarisiert, Arbeiter und Angestellte dürfen nicht streiken, sonst werden sie als „Deserture der Arbeitsfront“ in Konzentrationslagern zur Arbeit gezwungen. Für Frauen besteht die Arbeitspflicht vom 18. bis zum 40., für Männer vom 18. bis zum 50. Lebensjahre. In den Betrieben ist die Herrschaft der Betriebsräte längst beseitigt. Der Betrieb untersteht einer Verwaltung, die von oben eingesetzt wird. Die Betriebsräte haben nur für soziale Fürsorge, Arbeitsdisziplin und Parteigeneration zu sorgen, in die Betriebsverwaltung aber haben sie nicht dreinzureden, sie sind nur Hilfsorgane der kommunistischen Partei und der Staatsbureaucratie. Das gleiche gilt von den Gewerkschaften. Alle Arbeiter eines Betriebes sind zwangsweise Gewerkschaftsmitglieder, die Beiträge werden vom Lohn abgezogen.

Da das Mitgliedsbuch der Kommunistischen Partei als Anwartschaft auf irgend ein Amt in der Sowjetbureaucratie angesehen wird, drängen sich unausgesehete zweifelhafte Elemente in die Partei, die man durch summarische Reinigungen in periodischen Abständen wieder auszuscheiden sucht, wobei rein willkürlich verfahren wird. Ein Teil der alten Beamten und der Intellektuellen, Angestellten, Kaufleute usw. sucht, vom Hunger getrieben, in den vielen Bureaus der Sowjeteinrichtungen Unterschlupf und treibt dort vielfach Sabotage. Von den Mitgliedern der „Kommunistischen Partei“ ist der größte Teil in irgend einer Sowjeteinrichtung angestellt. Nach der letzten offiziellen Statistik des Zentralkomitees der Partei waren von den 604 000 Mitgliedern, die sie in ganz Rußland zählt, nur noch 70 000, d. h. 11 Prozent, als Arbeiter tätig! Von den übrigen 59 Prozent der Mitglieder sind tätig: 36 000 (6 Proz.) als Parteibeamte, 12 000 (2 Proz.) als Gewerkschafts- und Genossenschaftsbeamte, 162 000 (27 Proz.) als Militärbeamte und Soldaten, 318 000 (53 Proz.) als Staats- und Munizipalbeamte, und 6000 (1 Proz.) als Handlungsgesellen. Die ganze Partei verwandelt sich also allmählich in ein Heer von Bureaucraten, die mit ihrer Existenz unmittelbar an der Aufrechterhaltung der Diktatur interessiert sind. Man spricht bereits von der neuen „Sowjet-Bourgeoisie“. In Moskau zählt man kaum 100 000 Arbeiter, aber 230 000 Sowjetbeamte und -beamtinnen aller Grade. Es geht dabei ähnlich wie bei unseren Kriegsgesellschaften. Mir wurde gesagt, wo früher 10-12 Beamte gefaßt hätten, dort ständen sich jetzt 60-80 gegenseitig im Wege. Ueber die Schwerfälligkeit und Langsamkeit des Instanzenweges geraten selbst die geduldigen Moskauer in Verzweiflung, denen das Wort, daß Zeit Geld ist, kaum bekannt zu sein scheint. Unfähigkeit, Sabotage und Korruption sucht man vergebens aus diesem riesigen bürokratischen Apparat auszuscheiden.

Vom Sozialismus und Kommunismus ist man in den Städten und Industriebezirken Rußlands gegenwärtig noch ebenso weit entfernt wie auf dem Lande. Zwar arbeiten die zentralen Reichsstellen sehr schöne sozialistische und kommunistische Thesen und Programme aus, aber sie stehen leider meist nur auf dem Papier und werden von den ausführenden untergeordneten Organen oft in ihr Gegenteil verwandelt.

Nur in einem Lande allgemeiner Kulturlosigkeit, in dem die lebendige Annahme der arbeitenden Volksmassen an ihrer eigenen Emanzipation noch so stark fehlt, wie in Rußland, ist die Diktatur einer kleinen Führerschaft möglich. In Deutschland wäre sie unmöglich, denn trotz aller Fehler und Schwächen, die ihm noch anhaften mögen, steht das deutsche Proletariat doch intellektuell und kulturell hoch über dem Niveau des russischen Proletariats. Sein Persönlichkeits- und Selbstbewußtsein würde ein solches System des Zwanges und der willenlosen Unterordnung als unerträgliche Tyrannei empfinden und sich dagegen aufbäumen. Die deutschen Arbeiter wollen keine Führerdiktatur, sondern wirkliches Selbstbestimmungsrecht der Masse, keine Diktatur über das Proletariat, sondern die Diktatur des Proletariats. Sie sind eben seit Generationen keine „zweibeinigen Tiere“ mehr, sondern vollwertige Menschen!

## Ein neuer Mann

### Die SPD. und General Hoffmann

Die S. P. D. hatte am Dienstagabend in Groß-Berlin eine Reihe von Versammlungen einberufen, in denen man sich mit den Vorgängen im Osten Europas und mit der Stellung der deutschen Regierung zu den letzten Vorkommnissen beschäftigte. In der Versammlung in der Bogenhofer Brauerei in der Turmstraße, wo Erwin Barth referierte, kam es zu einer Sensation. Der Vorsitzende eröffnete die Diskussion und erklärte, daß als erster Redner ein Herr Hoffmann das Wort habe. In diesem Augenblick erhob sich ein Zivilist, stellte sich vor das Rednerpult und sagte etwa folgendes:

Ich bin  
der General Hoffmann.  
der Ihnen vielleicht von Brest-Litowsk her bekannt ist. Es mag Ihnen, meine Herren, sehr erstaunlich erscheinen, daß ich in einer Arbeiterversammlung erscheine, um Ihnen meinen Standpunkt zum Thema des Abends darzulegen. Aber die Ausführungen des Herrn Barth haben mir sehr Mut gemacht, denn ich kann sie auch von meinem Standpunkt aus nur Wort für Wort unterschreiben. Das alte deutsche Reich verdankte seine Blüte in der Hauptsache der deutschen Arbeiterschaft und auch heute können wir aus dem Schlamassel nur mit Hilfe des deutschen Arbeiters herauskommen. Daher ist es sehr notwendig, daß wir uns gegenseitig ausprechen. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!) In unserem großen Unglück haben wir keine Zeit für Parteikämpfe. Das Vaterland muß höher stehen als die Partei! (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen eine Plattform finden, auf der wir uns verständigen können. (Zuruf: „Nationalsozialismus!“) General Hoffmann lächelt bei dieser Bemerkung kopfschüttelnd. — Der General fuhr fort: Die großen Schmerzfalten, an denen Europa krankt, rühren erstens von dem Versailles Friedensvertrag her. (Zuruf: „Auch von Brest-Litowsk!“) Wir müssen aus dem Versailles Friedensvertrag unter allen Umständen heraus und ich habe die Hoffnung, daß uns das gelingen wird, weil die Verhältnisse stärker sein werden, als der Haß der Entente und der französischen Vernichtungswille. Der zweite große Fehler ist der, daß das russische Reich von allen europäischen Angelegenheiten ausgeschlossen ist. Rußland muß wieder die Stellung in Europa erhalten, die es vor Beginn des Weltkrieges hatte. Wir brauchen das russische Brot und Rußland unsere Industrieerzeugnisse. Unter der jetzigen russischen Regierung wird es voraussichtlich nicht möglich sein, zu einer Verständigung zu kommen. (Lebhafte Zurufe: „Sehr richtig!“) Das russische Volk müsse Gelegenheit erhalten, sich in freier Abstimmung seine Regierung zu wählen. Was dann dann dabei herauskommt, Lenin oder der Zar, geht uns nichts an. Das russische Volk muß eine Regierung haben, hinter der es in seiner großen Mehrzahl steht. Alles unter einen Hut zu bringen, ist nicht möglich, auch bei uns nicht. (Heitere Zustimmung.) Die Aufgabe, Rußland wieder aufzubauen, ist enorm, daß wir Deutschen sie gar nicht allein bewältigen können. Alle europäischen Staaten müssen mit Rußland gemeinsam an dessen Aufbau arbeiten. Es ist die Frage aufgeworfen worden: Was macht die deutsche Regierung? Es ist darauf die Antwort zu geben, daß man der Regierung die Möglichkeit geben müsse, im aufbauenden Sinne zu arbeiten. Wenn aber alle Augenblicke an allen möglichen Orten Wort und Lothschlag verübt wird, dann kommt die Regierung doch nicht dazu, praktische aufbauende Arbeit zu leisten. Von diesem Standpunkt aus bitte ich Sie auch im Namen meiner Freunde, die Regierung zu unterstützen, und so dem deutschen Volke wieder Gelegenheit zu geben, sich hochzuheben. (Langanhaltender Beifall.)

Ausgezeichnet! Ob die S. P. D. wirklich schon reif für Hoffmann ist? Wenn der teils — nach Westen — konfus nationalisiert, teils nach Osten reaktionäre Rebekefall des Herrn Barth maßgebend ist für die Partei, dann ist sie in der Tat von Hoffmann nicht mehr entfernt. Hoffmann kann nicht mit Unrecht sagen, Barths Rede habe ihn zu seinem Auftreten ermuntert. Hoffmann erscheint uns auch nicht übel als kommen der Kosak. Wie wäre es?

## Suwalki besetzt

### Sudjennys Vormarsch

Königsberg i. Pr., 31. August.

Die Polen haben am 30. August, angeblich nach einem Kampfe, Suwalki besetzt. Polnische Erkundungsabteilungen sind in Soliska und Karem eingerückt. Der Vormarsch der Armeesudjennys dauert trotz des zähen Widerstandes der Polen an. Deßhalb von Lemberg fanden für die Bolschewiken erfolgreiche Kämpfe statt.

## Rußland will die deutsche Grenze nicht mehr respektieren

M. Königsberg i. Pr., 31. August.

In einem Rundpruch der Moskauer Regierung an den russischen Vertreter in Berlin, Kopp, heißt es, daß polnische Truppen die deutsche Grenze überschritten hätten, ohne entlassen zu werden zu sein. Der Vertreter wird angewiesen, Forderungen von der deutschen Regierung zu verlangen. Wenn die bevorstehende russische Offensiv die rote Armee wieder an die Grenze bringen werde, so würde die russische Regierung „dementsprechend“ handeln.

## Russischer Frontbericht

Moskau, 31. August.

Westfront: Im Abschnitt Kollowitz besetzen wir eine Reihe Ortschaften 15-20 West südlich Biachstok und erbeuteten Panzerautos, sowie neun Riflen mit Munition.

Im Abschnitt Brest-Litowsk drückte Kämpfe. Im Abschnitt Wladimir-Wolhansk besetzen wir die Stadt Belz und eine Reihe Ortschaften nördlich davon, wobei wir Gefangene machten und drei Geschütze erbeuteten.

In den Abschnitten Lemberg, Przemysl sind hartnäckige Kämpfe mit einem Uebergewicht auf Seiten unserer Truppen. Krim-Front: Abschnitt Oroschow: Die für uns erfolgreichen Kämpfe dauern an.

## Das Ende von Minsk

M. London, 31. August.

Der Warschauer Korrespondent des „Daily Chronicle“ meldet in seinem letzten Bericht: Durch die letzten Siege stark gemacht, hat Polen die Sowjetregierung gezwungen, zuzugehen, daß als neuer Platz für die Friedensverhandlungen Riga gewählt wird.

Die sogenannten Verhandlungen in Riga haben bereits gemeldet, daß die polnischen Vertreter eine Erklärung einreichten, die hauptsächlich auf ein Ultimatum hinauslief. In diesem Ultimatum werden die Bolschewiki beschuldigt, von ihren ursprünglichen Grundbedingungen abgewichen zu sein und danach zu trachten, den Polen Bedingungen aufzuerlegen, die wie Forderungen der Sieger über Besiegte anmuten und gestellt werden sollten, als die Bolschewiki noch dumme genug waren, zu glauben, daß sie Warschau bereits hätten. Es wird weiter betont, daß ein Festhalten an derartigen Bedingungen den Krieg bis zum bittersten Ende bedeuten würde und daß Polen niemals nachgeben werde, mit anderen Worten: Es wurde den Bolschewiki klar gemacht, daß sie nach Riga gehen müßten und zwar mit klaren Absichten und Zielen.

## Riga neuer Verhandlungsort

Paris, 31. August.

„Chicago Tribune“ berichtet aus Warschau, daß die polnischen und die russischen Delegierten Mitte September in Riga die Verhandlungen fortsetzen werden.

## Rundgebungen für Sowjetrußland in Italien

M. Mailand, 31. August.

Am Sonntag fanden auf Veranlassung der sozialistischen Parteien in zahlreichen Städten Italiens Versammlungen statt, mit dem Zweck, die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung zu verlangen. In Florenz kam es zu Zusammenstößen zwischen den Manifestanten und der Polizei. Ein Polizist wurde getötet, worauf die Polizei das Feuer erwiderte. Es gab zwei Tote und viele Verwundete. Infolge dieses Vorfalles wurde ein allgemeiner Proteststreik in der ganzen Stadt Florenz proklamiert.

In Mailand kam es ebenfalls zu Zusammenstößen, die in eine Prügelei ausarteten. Es wurde auch geschossen, wobei mehrere Personen leicht verletzt wurden.

## Wie die Neutralität ausfieht

Die Kontrollkommission für Waffen, Munitions- und Truppentransporte hat festgestellt, daß auf dem Güterbahnhof Niederorschau 8 Stück 16,7 Geschütze stehen, die von Cottbus nach Spandau transportiert werden sollen. Die Wagen und Nummern sind folgende: 185 602 Brüssel, 76 339 Brüssel, 76 405 Brüssel, 195 160 Gent, Brüssel, 103 171 Essen, 79 904 Essen, 20 626 Eibersfeld, 54 875 Baden. Empfänger ist Reichswehr A. R. 15. 5. Hauptkz-Batt.

Zudem sendet uns die Kontrollkommission eine Reihe regierungsseitiger Verfügungen, die sämtlich vom Reichsverkehrsministerium ausgehen. In diesen Verfügungen werden die Befugnisse der Kontrollkommission aufs äußerste beschnitten und es werden ihnen allerhand erschwerende Manöver gestellt, so daß ihre Tätigkeit völlig überflüssig erscheint. Der bayerische Verkehrsminister Frauendorfer geht als getreuer Knappe seines reaktionären Oberherrn v. Kahr sogar so weit, die Kontrollkommission kurzerhand zu verbieten. Er dekretiert: „Die Kommissionen, die zur Kontrolle neutralitätswidriger Transporte nach meinem Telegramm vom 4. August d. R. gebildet wurden, sind aufzuheben.“

Die bürgerliche Hege gegen die Kontrolltätigkeit der Arbeiterschaft, das Behlagen über Verfassungsverstoß und Anarchie hat seine Wirkung aber nicht verfehlt. Gehorsam lenkt die Regierung ein. Sie soll sich über keiner Täuschung hingeben, mit ihr die gesamte, von wahnstümmiger Angst gepeinigte, bürgerliche Presse. Die Arbeiterklasse wird ihre Kontrolltätigkeit ausüben, wenn nicht mit Zustimmung der Behörden, dann eben ohne sie. Der Arbeiterschaft steht die Räumung der internationalen Solidarität höher als kapitalistische Interessen und politische Schiebungen.

Im übrigen hat die Kontrollkommission von den Verfügungen Kenntnis genommen. Sie hat dieselben sofort zum Gegenstand einer Anfrage in der Reichskanzlei gemacht und wird im Laufe des Tages mit der Regierung darüber verhandeln.

## Ein Massenmord in Oberschlesien

Mollat Bureau wird aus Kattowitz von privater Seite über einen Mord an zehn Arbeitern berichtet:

Der Schaulatz der Leichensuche ist ein kleiner Nadelwald dicht an der Grenze. Alle 10 Opfer stammen aus dem Schloßhaus Macczowski, das von den Polen am 20. August erklammert wurde. Der Mord ist jedenfalls am 23. August erfolgt. Erkenntlich bisher nur eine von den Leichen und zwar als die des Schlachthausmeisters Los. Als einer der Täter wird ein gewisser Ribof genannt, der mit mehreren Brüdern die ganze Gegend dort ausgeplügend haben soll und seit der Untat flüchtig geworden ist.

Die Leichen, die aus den beiden Massengräbern zutage gefördert wurden, boten ein grauenerregendes Bild. Nach dem Aussehen der Wunden und der gefährlichen Wirkung der Kopfschüsse waren die Schiffe alle aus nächster Nähe abgegeben, aber gerade deshalb wogt die Anzahl der Schiffe zu der Vermutung, daß die Mörder ihre Opfer durch schlechtes Zielen absichtlich und grausam gemartert haben. Außerdem waren die Leichen der ganzen Oberleitung, des Schutzhzugs usw. beraubt und wie Vieh Kadaver durcheinander geworfen. Die englischen Offiziere, die der Deffnung des zweiten Grabes mit fünf Leichen anwohnten, hielten mit den Ausdrücken ihres Abscheues vor der unmenschlichen Brutalität der polnischen Mörder nicht zurück.

Es wird weiter gemeldet, daß von den Leichen außer dem Schlachthausmeister Los aus Macczowski der Grubenarbeiter Brand identifiziert wurden. Die übrigen sollen Rheinländer sein. Ueber die Vorgänge selbst liegt noch kein abschließendes Bild vor. Ansehenswert schoß eine fünfköpfige Mörderbande die Opfer hinterrücks aus nächster Nähe nieder.

Diese Mordtat ist ein neuer Beweis dafür, zu welcher Verwilderung die Aufstachelung der nationalen Leidenschaften führt. In Kattowitz hat erst der deutsche Botschafter den polnischen Arzt Dr. Mielecki und einige andere Polen gelockt, dafür haben nun die nationalistischen Elemente bei den Polen grausame Rache an den deutschen Arbeitern genommen. Es wäre Zeit, daß endlich auch das ober-schlesische Proletariat gemeinsam den Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus führt und nicht länger der nationalistischen Hege zum Opfer fällt!

## Die französischen Sozialisten gehen vor

Paris, 31. August.

Der Ausschuß des sozialistischen Arbeiterbundes der Seine forderte Graustier auf, als Vizepräsident der Kammer zurückzutreten. Des weiteren wurde eine Entschließung angenommen, durch welche die sozialistischen Abgeordneten in der Kammer und der Gemeinderatsverwaltung aufgefordert werden, sich nicht an der Fünfzigjahrfeier der Republik zu beteiligen.

Berichtigung zu unserer Notiz in der Nummer 286: Die Neutralität umgangen wird. Die Sendung für Herrn Meyer, Aufrietenstraße 48 war nicht als Bücher deklariert, sondern als Jagdgewehr. Der Inhalt bestand auch nur aus solchen und wurde demzufolge auch sofort freigegeben.

# Die Auswanderung nach Rußland

Von M. Hesselbarth.

Die Auswanderungsfrage kann nicht länger mit der Gleichgültigkeit betrachtet werden, wie es bisher der Fall gewesen ist. In letzter Zeit gingen wiederum Meldungen durch die Presse, daß zum Beispiel im Ruhrgebiet, so in Duisburg, Buer usw. Hunderte von Familien nach Rußland gehen wollen. Als unverantwortlich leichtfertig müssen diejenigen Personen und Verwaltungen bezeichnet werden, welche versuchen, deutsche Arbeiter zu diesem Unternehmen zu veranlassen. Die Öffentlichkeit und im besonderen die Gewerkschaften haben alles daranzusetzen, um diesem Treiben ein Ende zu machen. Da aber der Wille eines großen Teils der deutschen Kopf- und Handarbeiter, gleichviel aus welchen Gründen, vorhanden ist, die russische Industrie aufzubauen zu helfen, wollen wir mit aller Klarheit die Möglichkeit eines derartigen Unternehmens in der Öffentlichkeit darlegen.

Eine Ueberlassung deutscher qualifizierter Arbeitskräfte, technischer Lehrkräfte, Wirtschaftsorganisatoren aller Berufe usw. kann nur auf organische Zusammenfassung der Arbeitskräfte zu einer Gewerkschaftsorganisation in Frage kommen. Einzelne Auswanderungen zum Zweck von Anstellungen, sind unmöglich und geeignet, den Auswanderer ins größte Elend zu führen. Aber auch dann, wenn deutsche Arbeitskräfte kolonnenartig zusammenmarschieren, muß die Möglichkeit bestehen, rechtzeitig zusammenzubrechen, muß die Möglichkeit bestehen, sich zu lösen und materiellen Ansprüchen Sicherheit zu verschaffen. Die besonderen Garantien in bezug auf Unfall-, Lebens- und Krankenversicherung, die Ueberwachung des Arbeits- und Lebensverhältnisses sind Aufgaben, welche auf keinen Fall außer acht gelassen werden dürfen. Der Hintransport und — was jeder Auswanderer denken muß — der Rücktransport müssen gesichert werden, wie denn überhaupt jeder deutsche Arbeiter muß glauben darf, daß deutsche Verhältnisse mit russischen verglichen werden können. Alle diese Momente zeigen deutlich, daß eine Auswanderung nur möglich ist, wenn dieselbe gut organisiert ist. Der Auswanderer muß sich schon hier in Deutschland einer Gewerkschaft anschließen, welche beiträgt, eng angeschlossen an die freien Gewerkschaften Deutschlands, mit den russischen Gewerkschaften in Fühlung zu treten.

Aber noch von einem andern Gesichtspunkte betrachtet, ist die Tätigkeit der Auswanderungsvereine zu verwerfen. In einem Industrieland wie Deutschland wird, wenn rationell produziert werden soll, nicht ein einziger Arbeiter für das Ausland abgegeben werden können. Wir müssen deshalb jeden Arbeiter und jeden Beamten, der jetzt auswandert, zurückholen können, sonst bleiben nicht im Interesse beider Länder im Ausland tätig. Die deutsche Regierung hat die deutsche Regierung gewis kein Recht, die Auswanderung zu verhindern, denn sie ist nicht in der Lage, die Erwerbs- und Arbeitsmöglichkeit jedes einzelnen zu garantieren. Eine sozialistische Regierung aber wird nicht genug Arbeitskräfte haben, in erster Linie solche, wie sie jetzt in Rußland benötigt werden.

Deshalb muß die Auswanderergewerkschaft jeden Auswanderer in den Fingern behalten. Es müssen dahingehende Verträge mit den russischen Körperschaften abgeschlossen werden. Sind die russischen Körperschaften geneigt, dahingehende Verträge mit deutschen Arbeiterorganisationen abzuschließen, so beweisen sie damit, daß Rußland die deutschen Hilfskräfte benötigt und für deren Sicherheit sorgen will. Lassen sich die russischen Körperschaften aber auf Verträge nicht ein, so ist die Gefahr für den deutschen Arbeiter in Rußland festgesetzt. Wir deutschen Arbeiter stehen also vor einer Frage, die nur soeben erörtert worden ist: Was tun wir, wenn die Sowjet-Regierung mit deutschen Gewerkschaften Verträge abschließt, die sie zu halten in der Lage ist, nach Rußland, um den Zusammenbruch des Arbeiterstaates zu verhindern und wir vermindern dadurch das Erwerbs- und Lebenselend einer hunderttausenden kapitalistischen deutschen Regierung. Wir kehren aber sofort nach Deutschland zurück, wenn wir hier dem Arbeiterstaat Deutschland dienen müssen, um auch Rußland mit deutschen Industriearbeitern zu unterstützen.

Die Deutsch-Russische Industrie-Gewerkschaft, Berlin W. 66, Leipziger Straße 119/120, beschäftigt sich auf das eingehendste mit dem Auswanderungsproblem und ist auf Grund der praktischen Erfahrungen zu dem Urteil gelangt, daß nur auf hiesiger Ebene die Art im engsten Einvernehmen mit den hiesigen Gewerkschaften eine Lösung dieser Frage möglich ist.

In dem Augenblick, da wir diese Zeitschrift des Genossen Hesselbarth in das Blatt geben, verbreitet der Gewerkschaftliche Nachrichtenendienst des A. D. G. S. eine folgende Notiz: „Was können wir Rußland helfen?“ Unter diesem Titel erschien kürzlich im „Arbeiterblatt“ eine angeblich aus Moskau kommende Zeitschrift, in der deutsche Facharbeiter für Rußland angeworben werden. Hiernächst zur selben Zeit ist auch in einer Anzahl politischer Arbeiterblätter eine Anzeige erschienen, in der mehrere hundert deutsche Facharbeiter für Sowjetrußland angeworben wurden. Beide Veröffentlichungen entstammen derselben Quelle, nämlich einem Unternehmen, das sich den hochtönenden Namen „Deutsch-Russische Industrie-Gewerkschaft“ beigelegt hat.

Wir werden demnach aus berufener Feder in einer umfassenden Abhandlung die wirklichen oder vermeintlichen Arbeits- und Anstellungsmöglichkeiten für deutsche Arbeiter in Rußland kritisch beleuchten. Für heute sei nur soviel gesagt, daß wir alle deutschen Arbeiter, die nicht blindlings in das größte Elend und den fast sicheren Untergang hineinrennen wollen, dringend warnen müssen, auf die Werbungen der sogenannten Deutsch-Russischen Industrie-Gewerkschaft einzugehen. Aber nicht nur in politischen Hinsicht haben wir es hier mit einem äußerst betrieblichen Unternehmen zu tun, sondern ebenso auch in rein gewerkschaftlicher Beziehung. Die meisten Gründer, die an der Spitze der „Deutsch-Russischen Industrie-Gewerkschaft“ stehen, haben kurze Zeit später auch eine „Deutsch-Russische Waren-Austausch-Gesellschaft“ (W. A. G.) gegründet und dann die erste Gründung an die Spitze (oder umgekehrt) als „Lichtergesellschaft“ angegliedert. Nachmals: Es kann nur jedem deutschen Arbeiter dringend empfohlen werden, gegenüber den Werbungen von dieser Seite und ähnlichen Unternehmungen die allergrößte Vorsicht an den Tag zu legen.

Wir haben keinen Anlaß, die Deutsch-Russische Industrie-Gewerkschaft als obffällig zu beurteilen, halten aber eine Klärung des A. D. G. S. doch für wichtig und beachtenswert, denn wir nehmen an, daß die Redaktion des Nachrichtenendienstes auch gegen den politischen Gegner derartige Angelegenheiten nur richtet, wenn sie sich auf sorgfältig geprüfte Informationen stützen kann. Die Deutsch-Russische Industrie-Gewerkschaft wird sich gegen diese Anklage wenden müssen.

## Plumper Schwindel

Gegenwärtig zirkulieren sog. „Anteilsscheine“, die von der Generalverwaltung des „Unterstützungsausschusses Proletariat“, Kurfürstentrasse 48, vertrieben werden. Wie aus diesen Anteilsscheinen hervorgeht, ist von dem besagten Komitee das Ganze als eine Art Lotterie gedacht. „Anteilsscheine“ können zu der geringfügigen Summe von 450 M. pro Stück vom „Unterstützungsausschuss Proletariat“, Generalvertreter Fritz Willmann, Kurfürstentrasse 48, bezogen werden. Die prämierten Anteilsscheine werden, wie der Bisherige, drei Tage nach Ausgabe der Listen von der Generalverwaltung Kurfürstentrasse 48, eingekauft. Zur Auszahlung sollen gelangen u. a. zwei Umfahrprämien à 100 000 M., insgesamt fünf Prämien à 5000 M., 2 Rausprämien à 20 000 M., insgesamt 2914 Anteilprämien im Werte von 220 000 M. Der vor uns liegende „Anteilsschein“ trägt die mit Rote geschriebene Nummer 10121. Das Ganze ist „zugunsten der Hinterbliebenen der 15 ermordeten Arbeiter von Rechterhald durch die zeitlichwährenden Studenten von Wuppertal“ gedacht.

Nach Bekanntwerden haben wir sofort einen Vertreter zu dem Herrn Generalvertreter Fritz Willmann nach der Kurfürstentrasse 48 geschickt. Dieser Fritz Willmann betreibt dort, wie unser Vertreter feststellte, eine kleine Schanzwirtschaft. Unser Vertreter erklärte dem Herrn Fritz Willmann, daß die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ dem ganzen Unternehmen mit äußerstem Mißtrauen

gegenüberstehe, nichtdestoweniger aber bereit sei, Informationen über die Bestrebungen des „Komitees“ entgegenzunehmen. Herr Willmann erklärte dann, daß er keinerlei Auskunft geben könne, jedoch der „Wacher“ selbst gern zur Redaktion kommen wolle, um Auskunft zu geben. Im übrigen, erklärte er, könne das Ganze gar kein Schwindel sein, denn er halte mit seinem ganzen Volk dafür. Bis heute hat sich weder der „Wacher“, noch Herr Fritz Willmann bei uns sehen lassen. Diese ganzen Umstände machen uns das Unternehmen nicht vertrauensvoller. Da die Sache übrigens von keinerlei Arbeiterseite unterstützt wird, warnen wir aufs dringendste, sich daran zu beteiligen.

## Fälschung!

Wir veröffentlichten in unserer Sonntag-Ausgabe einen Bericht unseres nach Ostpreußen entsandten Sonderberichterstatters, in dem u. a. geschildert wurde, daß die nach Ostpreußen übergetretenen Russen sich überall ohne Widerstand entzweigen ließen und daß alle gegenseitigen Meldungen nur den durchsichtigen Zweck verfolgten, noch mehr Truppen nach Ostpreußen zu bringen und die Genehmigung der Entente zur Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat zu erhalten. Unser Berichterstatter wies ferner darauf hin, daß sich z. B. in Lyd eine Entente-Kommission aufhält, um den Verbleib der von den Russen fortgenommenen Waffen in den Händen der deutschen Truppen zu beobachten. Es heißt dann wörtlich in dem Bericht:

„Es muß mit aller Energie gefordert werden, daß diese Waffen sofort unter Aufsicht der Arbeiterchaft unbrauchbar gemacht werden, damit sie weder zur Stärkung der Reaktion dienen, noch etwa durch die Entente den Polen zugeführt werden.“

Diese vollkommen klaren und einwandfreien Äußerungen unseres Berichterstatters werden nun von der „Roten Fahne“, die vor keiner Verleumdung zurückschreckt, als Anlaß genommen, um zu ihren zahllosen Lügen eine neue hinzuzufügen. Zu diesem Zweck zitiert sie, ohne auf die vorhergehende Darstellung einzugehen, den wiedergegebenen Satz unseres Berichterstatters, läßt aber die zweite Hälfte dieses Satzes (der oben fett gedruckt ist) fort, um danach ein wüstes Geschrei zu erheben, die „Freiheit“ verlange die Entwaffnung der übergetretenen Russen und die Vernichtung der ihnen abgenommenen Waffen durch die Arbeiterchaft. Zu dieser Schlussfolgerung konnte das ehrenwerte Blatt nur gelangen, indem es den ganzen Sachverhalt verschwiegen und die zweite Hälfte des zitierten Satzes unterschlug. Das sind Fälschermethoden, die es unmöglich machen, mit der „Roten Fahne“ überhaupt noch zu polemisieren. Ueberflüssig, noch befohlens zu betonen, daß wir die Entwaffnung der übergetretenen Russen, die auf Grund der völkerrechtlichen Bestimmungen vorgenommen wurde, nicht gefordert haben. Es handelte sich lediglich um die Forderung der Unbrauchbarmachung der fortgenommenen Waffen, damit diese weder den Polen noch den Kappisten in die Hände gespielt werden.

## Folgen der Aufhebung der Zwangswirtschaft der Fleischbewirtschaftung

Dr. Karlornhe, 31. August.

Wie noch erinnerlich sein dürfte, wurde im Anfang Juli d. J. die Zwangsbewirtschaftung des Fleisches in Baden aufgehoben. Die Fleischstarke und alle übrigen einengenden Bestimmungen wurden abgeschafft und es kam auch bald zu einem starken Angebot von Fleisch aller Sorten im Freihandel. Auch an Nachfrage fehlte es nicht. Jetzt stellt sich allerdings heraus, daß die völlige Freigabe des Fleisches auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Wie wir hören, sollen zu nächst die fleischlosen Tage wieder, und zwar mit sofortiger Wirkung eingeführt werden. Ob es bei dieser Maßnahme zur Regelung des Fleischverbrauchs bleiben wird, muß noch abgewartet werden.

Selbst diese bürgerliche Meldung muß also zugeben, daß die völlige Freigabe des Fleisches auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann. Sie sagt aber nicht warum. Tatsächlich hat die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung in Baden sofort die Verdoppelung der Viehpreise zur Folge gehabt. Derselbe Zustand tritt natürlich ein, wenn im ganzen Reich die Fleischbewirtschaftung aufgehoben werden sollte. Es ist dringend notwendig, daß sich der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages in seiner nächstwöchigen Tagung mit dieser Frage nochmals eingehend beschäftigt.

## Die englische Bergarbeiterkrise

W. London, 31. August.

Die schwere Krise, in der sich England infolge des Referendums der Grubenarbeiter befindet, wird heute im Laufe der Konferenz des Freibundes der Grubenleute, Eisenbahner und Hasenarbeiter der Entscheidung zugeführt werden. Die Delegierten der wichtigsten Gewerkschaften werden noch einmal den geplanten Streik besprechen, seine Geschicklichkeit und die Erfolgsaussichten sowie die Mittel, ihn eventuell doch noch vermeiden zu können, erörtern. Wenn angesichts der lählichen Haltung, die die breite Masse der Arbeiterchaft dem Streik gegenüber einnimmt, die Dreihundstausend Delegierten beschließen sollten, mit der Regierung die Verhandlungen wieder aufzunehmen, so wird diese durch Balfour und Bonar Law die Delegierten empfangen.

London, 31. August.

Der Vollzugsausschuss der Bergarbeiter gibt das endgültige Ergebnis der Abstimmung bekannt. Danach haben für den Streik 606782 und gegen den Streik 238885 Arbeiter gestimmt.

## Vorstandswahl im Hamburger Metallarbeiterverband

Bei der Neuwahl des Ortsverwaltungsvorstandes des Metallarbeiterverbandes in Hamburg stimmten für die paritätische Liste (U. S. P. und S. P. D.) 7866 Stimmberechtigte, während für die Liste der Unabhängigen 4101 Stimmen abgegeben wurden.

Wie schon die Benennung dieser beiden Listen zeigt, war diese Wahl eine Konfliktswahl, verursacht durch einen Streit, von dem auch unsere Partei nicht unberührt geblieben ist. Die Vorstandswahl wurde notwendig, weil der alte Vorstand zum Rücktritt veranlaßt worden war, nachdem er sich gegen die Richtlinien des Zentralvorstandes und Beirates des Metallarbeiterverbandes für die Zusammenfassung der Betriebsräte erklärt hatte, während eine Urabstimmung der Mitglieder des Hamburger Metallarbeiterverbandes entgegengesetzt entschieden hat. Um den Konflikt nicht auf die äußerste Spitze zu treiben und die Hamburger Metallarbeiterorganisation nichts aktionsunfähig zu machen, hat sich ein Teil der U. S. P. Metallarbeiter Hamburgs mit den politisch in der S. P. D. organisierten Metallarbeitern über die Aufstellung einer paritätischen Liste verständigt. Nur auf solche Art glaubten die Genossen, einen arbeitsfähigen Vorstand zustande bringen zu können. Ein anderer Teil der U. S. P. Metallarbeiter stellte indes eine Gegenliste auf, die nur mit Genossen unserer Partei besetzt war. Sie ist bei der Wahl, wie die oben gegebenen Zahlen zeigen, unterlegen, obwohl unser Hamburger Parteiorgan eine scharfe Propaganda gegen die paritätische Liste geführt hat.

# Verbandstag des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten

Dritter (letzter) Verhandlungstag.

Zu Beginn der Monatssitzung sprach der Verbandstagvorsitzende Scholz sein lebhaftes Bedauern über das Verhalten der oppositionellen Delegierten aus, die durch ihr grundloses Verlassen des Verbandstages die Arbeiten des Verbandstages sabotieren, woraus der Organisation schwerer Schaden entstehen muß. Dieses Verhalten lasse auf eine mangelhafte gesellschaftliche Schulung der betreffenden Personen schließen. Er stellt fest, daß 31 Delegierte anwesend sind, während 19 Delegierte zum Teil ohne Abmeldung dem Verbandstag ferngeblieben sind.

Der Verbandstag schritt dann zu den Wahlen des Vorstandes. Marx und Emans wurden in geheimer Abstimmung einstimmig als Geschäftsführer wiedergewählt. In den Vorstand wurden die Herren Scholz, Reichmann, Grafmann, Bonncillig, Schmitz, Steffens, Käßner, Richter, Schaepe, Schulz sowie Fraulein Seligmann und Fraulein Brand gewählt. Hierauf wurde ein Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen, der verlangt, die Delegierten, die durch ihr unausgesprochenes Verhalten die Arbeiten des Verbandstages sabotieren, aus der Organisation auszuschließen. Außerdem wurde der Delegierte Knopf von der Nationalbank aus der Organisation ausgeschlossen, weil er sich im Januar 1919 an einem Standgericht in Lichtenberg beteiligt hat, welches Todesurteile gegen Proletarier fällte.

Der Verbandstag nahm sodann nach kurzer Debatte einstimmig folgende Entschließung an, die bereits auf der Bundesstagung der Techniker angenommen worden ist:

„Der letzte Wille zum erfolgreichen wirtschaftlichen Freiheitskampf aller Kopf- und Handarbeiter läßt es dringend geboten erscheinen, die auf dem Boden des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit lebenden Arbeiter, Angestellten und Beamten zu enger, ständiger Gemeinschaftsarbeit zu vereinen.“

Der Bundesstag begrüßt deshalb das in den Kämpfen von März 1920 erprobte Bündnis zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände. Er beauftragt den Bundesvorstand, die zur Schaffung einer selbständigen Arbeiterorganisation der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterbewegung erforderlichen Maßnahmen unter Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbständigkeit der Ufa zu treffen. Die Eingliederung der Beamtenbewegung in die große einheitliche gerichtete Arbeiterbewegung ist anzukämpfen.

Zur Steigerung der gewerkschaftlichen Aktionskraft innerhalb der einzelnen Industrie- und Gewerbezweige und zur zweckmäßigen organisatorischen Zusammenfassung der Betriebe- und Angestelltenräte ist der einheitliche Ausbau der Industrie- (Fach-) Gruppen in der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterbewegung notwendig und beschleunigt durchzuführen. Jede Sonderorganisation der Betriebsräte außerhalb der Gewerkschaftsbewegung ist abzulehnen.

Zur Erreichung ihrer Zwecke, einer durchgreifenden Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage aller vom Ertrag ihrer Arbeitskraft Lebenden, dürfen sich die freien Gewerkschaften nicht auf eine engherzige beruflich abgegrenzte Interessensvertretung ihrer Mitglieder beschränken. Sie müssen vielmehr zum Brennpunkt des sozialen Freiheitskampfes der gesamten arbeitenden Arbeiterchaft werden, um die verfassungsmäßige Umgestaltung der heutigen rein privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine von dem Grundbauf der Bedarfsdeckung getragene völkerverständliche Wirtschaft herbeizuführen.“

Bei der Beratung der Anträge wurde ein Antrag des Vorstandes, den Namen des Verbandes in „Allgemeiner Verband der deutschen Bankangestellten“ umzuändern, einstimmig angenommen (bisher Bankbeamten). Weiter wurde ein Antrag des Vorstandes einstimmig angenommen, wonach der Verbandstag den Vorstand beauftragt, die Vorarbeiten zu einer „Angestellten-Sparbank“, die zu einer allgemeinen Arbeitnehmerbank auszubauen ist, zu leisten. Diese Bank soll die Spar- und Organisationsgelder der Angestellten und Arbeiter ihren beruflichen wirtschaftlichen und kulturellen Zwecken dienlich machen. Ferner wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

„In Anbetracht dessen, daß die Feier des 1. Mai ein Zeichen der Solidarität der Arbeitnehmer aller Länder ist, beschließt der Verbandstag, die Mitglieder des Verbandes zu verpflichten, für die Feier dieses Tages durch Arbeit und Propaganda zu machen.“

Weiter wurde ein Antrag einstimmig angenommen, in dem betont wird, daß die Erfahrungen des Krieges und der Nachkriegszeit es gelehrt haben, daß die Verhältnisse der Arbeitnehmer aller Länder überall die gleichen sind. Infolgedessen wird dem Vorstand empfohlen, freundschaftliche Beziehungen zu den Berufsorganisationen der Bankangestellten aller Länder aufzunehmen und die bereits aufgenommenen weiter auszubauen. Darüber hinaus soll auf die „Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände“ dahin eingewirkt werden, den Anschluß an die internationale gewerkschaftliche Arbeiterbewegung herzustellen unter Wahrung der organisatorischen Selbständigkeit der Angestelltenbewegung.

Der Verbandstag beschäftigte sich dann mit vielen anderen Anträgen, die sich mit dem Ausbau der inneren Organisation des Verbandes befassen. Dann wurde eine Resolution einstimmig beschlossen, die der bisherigen Praxis im Schlichtungswesen schärfere Richtlinien zum Ausdruck bringt. Weiter wird gegen den Entwurf der neuen Schlichtungsordnung auf das schärfste protestiert.

Dem Reichstagsrat für die Angestellten des Bankgewerbes, der am 24. Juli durch Schiedsspruch gefällt worden ist, wird mit vier Stimmen zugestimmt.

Nach herzlichen Dankesworten des Vorsitzenden Scholz, schloß dieser den Verbandstag.

Keine „Orgel“ in Ostpreußen. Der Königsberger Berichterstatter der „Dena“ dröhelt: Die Meldung, daß die Organisation der Arbeiter in Ostpreußen anerkannt sei, ist unrichtig. Die „Orgel“ ist in Ostpreußen tatsächlich aufgelöst. Die Mitglieder der Organisation sind in die staatliche Orts- und Grenzschutzpolizei eingetreten.

70 Milliarden Papiergeld. Am Ende der dritten Augustwoche berichtet die Reichsbank über einen Banknoten-Umlauf von 56 882 Millionen und einen gleichzeitigen Darlehensfahrschein-Umlauf von 13 081,7 Millionen Mark. Die vier Privatnotenbanken verzeichnen unter ihren Passiven zusammen 240,7 Millionen Mark Banknoten im Umlauf. Insgesamt ist in Deutschland zur Zeit Papiergeld im Betrage von 69 976 Millionen Mark im Umlauf. Das ist rund 25 mal soviel wie vor dem Kriege.

Herabsetzung der Denkpapierpreise. Wie den „F. V. N.“ von ausländischer Stelle mitgeteilt wird, wurde in einer Sitzung im Reichswirtschaftsministerium der jetzige Preis für Rollenpapier von 292 Mark für 100 Kilogramm auf 57 Mark für 100 Kilogramm herabgesetzt. Der neue Preis gilt vom 1. September bis 31. Dezember d. J.

Deutschland und Dänemark. Dänemark hat in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 9,7 Millionen Kilogramm Speis, 24,8 Mill. Kilogramm Ise und 566 800 Kilogramm hermetisch verpackte Butter, 1,9 Mill. Kilogramm Sahne, 5,2 Mill. Kilogramm Vollmilch, 2,8 Mill. Kilogramm Käse und 8,7 Mill. Stiegen frische Eier ausgeführt. Von allen diesen Herrschaften erhielt Deutschland ganze 84 000 Kilogramm Speis und 12 000 Kilogramm Butter. — Deutschland und Dänemark sind eng benachbarte Länder mit günstigen Verkehrsbedingungen. Ungeheure Ueberflüssigkeiten an kostbaren Lebensmitteln liegen in Dänemark, aber die kapitalistische Vorsehung läßt dem hungernden Deutschland davon nichts zukommen.

Zusammentritt des polnischen Reichstages. Wie die Blätter aus Warschau melden, tritt der polnische Reichstag am 3. September zusammen.





16. Der prinzipielle „Antiparlamentarismus“ in dem Sinne absoluter und kategorischer Ablehnung der Teilnahme an den Wahlen und der parlamentarischen revolutionären Tätigkeit ist also eine naive, kindische Doktrin unter jeder Kritik, eine Politik, die bisweilen einen gesunden Ekel vor den politisierenden Parlamentariern zur Grundlage hat, die aber nicht zugleich die Möglichkeit eines revolutionären Parlamentarismus sieht. Außerdem ist diese Doktrin oft mit einer ganz unrichtigen Vorstellung von der Rolle der Partei verbunden, die in der kommunistischen Partei nicht den zentralisierten Stützpunkt der Arbeiter, sondern ein dezentrales System löse mit einander verbundener Gruppen sieht.

17. Andererseits folgt aus der prinzipiellen Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit durchaus nicht die absolute Anerkennung der Notwendigkeit konkreter Wahlen und konkreter Teilnahme an den Wahlen unter allen Umständen. Das ist von einer ganzen Reihe spezifischer Bedingungen abhängig. Bei einer bestimmten Kombination dieser Bedingungen kann der Austritt aus dem Parlament notwendig sein. Das taten die Bolschewiki, als sie aus dem Vorparlament austraten, um es zu sprengen, ihm jede Kraft zu nehmen und es dem am Vorabend des Aufstandes stehenden Petersburger Sowjet schroff gegenüberzustellen. Ein gleiches taten sie in der konstituierenden Versammlung am Tage der Auflösung, indem sie den 3. Kongreß der Sowjets zum Mittelpunkt der politischen Geschäfte machten. Unter anderen Umständen kann Sowjet der Wahlen und unmittelbare gewaltsame Vereitelung, wie des größten bürgerlichen Staatsapparates so auch der bürgerlichen Parlamentaristik oder aber Teilnahme an den Wahlen, während das Parlament selbst boykottiert wird usw., notwendig sein.

18. Auf diese Weise soll die kommunistische Partei, die die Notwendigkeit der Teilnahme an den Wahlen sowohl in die zentralen Parlamente, als auch in die Organe der lokalen Selbstverwaltung, sowie die Arbeit in diesen Institutionen als allgemeine Regel anerkennt, von der Wertung der spezifischen Besonderheiten des jeweiligen Augenblicks ausgehend, die Frage konkret lösen. Boykott der Wahlen oder der Parlamente sowie Austritt aus den letzteren ist hauptsächlich dann zulässig, wenn die Vorbedingungen unmittelbaren Uebergangs zum bewaffneten Kampf um die Macht schon vorhanden sind.

19. Dabei soll man beständig die relative Unrichtigkeit dieser Frage im Auge behalten. Da der Schwerpunkt im außerhalb des Parlaments geführten Kampf um die Staatsmacht liegt, so verzichtet er sich von selbst, daß die Frage der proletarischen Diktatur und des Kampfes dafür mit der besonderen Frage der Ausnutzung des Parlamentarismus nicht gleichzustellen ist.

20. Daher betont die kommunistische Internationale mit aller Entschiedenheit, daß sie jede Spaltung oder jeden Spaltungsversuch innerhalb der kommunistischen Parteien in dieser Richtung und nur aus diesem Grunde für einen schweren Fehler hält. Der Kongreß ruft alle Elemente, die auf dem Boden der Anerkennung des Massenkampfes um die proletarische Diktatur unter der Führung der zentralisierten Partei des revolutionären Proletariats stehen, die ihren Einfluß auf alle Massenorganisationen der Arbeiter ausüben, auf völlige Einheit der kommunistischen Elemente anzutreiben trotz der möglichen Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Ausnutzung der bürgerlichen Parlamente.

IV. Der revolutionäre Parlamentarismus.

Um die wirkliche Durchführung der revolutionären parlamentarischen Taktik sicherzustellen, ist es notwendig, daß:

1. Die kommunistische Partei in ihrer Gesamtheit und ihr Zentralkomitee bereits im Vorbereitungsstadium, d. h. vor den Parlamentswahlen, für die hohe Qualität des persönlichen Bestandes der Parlamentarier sorgen müssen. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei muß für die gesamte Arbeit der kommunistischen Parlamentarier verantwortlich sein. Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei muß das unbestreitbare Recht haben, gegen einen beliebigen Kandidaten einer beliebigen Organisation Einspruch zu erheben, wenn keine Gewähr da ist, daß dieser Kandidat, wenn er ins Parlament gelangt, eine wirkliche kommunistische Politik verfolgen wird.

Die kommunistische Partei muß mit der besten sozialdemokratischen Gewandtheit brechen, ausschließlich sogenannte „erfahrene“ Parlamentarier, vorwiegend Anwälte und dergleichen, als Deputierte aufzustellen. In der Regel ist es notwendig, Arbeiter als Kandidaten aufzustellen, ohne sich daran zu stoßen, daß diese meist einfache Parteimitglieder ohne große parlamentarische Erfahrung sind; diejenigen Strebelemente, die sich an die kommunistischen Parteien heranmachen, um ins Parlament zu gelangen, muß die kommunistische Partei rücksichtslos brandmarken. Die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien müssen nur die Kandidaturen derjenigen Leute bestätigen, die durch langjährige Arbeit ihre unbedingte Ergebenheit gegenüber der Arbeiterklasse gezeigt haben.

2. Wenn die Wahlen vollendet sind, muß die Organisierung der Parlamentarier sich vollständig in den Händen des Zentralkomitees der kommunistischen Parteien befinden, ganz abgesehen davon, daß die Gesamtpartei in dem betr. Zeitpunkt legal oder illegal ist. Der Vorsitzende und der Vorstand der kommunistischen Parlamentarier müssen von dem Zentralkomitee der Partei beauftragt werden. Das Zentralkomitee muß in der Parlamentsfraktion einen händigen Vertreter mit Einsprecherrecht haben und in allen politischen wichtigen Fragen muß sich die Parlamentsfraktion vorherberathungsmäßig vom Zentralkomitee der Partei erbitten. Das Zentralkomitee hat das Recht und die Pflicht, bei einer bevorstehenden großen Aktion der Kommunisten im Parlament, den Redner der Fraktion aufzustellen, bzw. zu beauftragen, von ihm die vorherige Vorlegung der Letztgültigen Rede bzw. der Rede selbst zwecks Genehmigung durch das Zentralkomitee usw. zu fordern. Jedem Kandidaten, der auf der Wahlvorschlagsliste der Kommunisten steht, muß ganz offiziell die schriftliche Verpflichtung abgenommen werden, daß auf die erste Aufforderung des Zentralkomitees der Partei ihn das Mandat niederzulegen ist, um in einer gegebenen Situation die Aktion des Austritts aus dem Parlament geschlossen durchzuführen.

3. In denjenigen Ländern, in denen es reformistische, halb-reformistische und einfache Strebelemente bereits gelungen ist, in die kommunistische Fraktion einzudringen (das ist bereits in einigen Ländern geschehen), sind die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien verpflichtet, eine gründliche Säuberung des persönlichen Bestandes der Fraktionen vorzunehmen, von dem Prinzip ausgehend, daß es für die Sache der Arbeiterklasse viel nützlicher ist, eine kleine, aber wirklich kommunistische Fraktion zu haben, als eine zahlreiche Fraktion ohne konsequente kommunistische Politik.

4. Der kommunistische Abgeordnete ist auf Beschluß des Zentralkomitees verpflichtet, die legale Arbeit mit der illegalen zu vereinigen. In denjenigen Ländern, wo sich der kommunistische Abgeordnete der Immunität vor den bürgerlichen Gesetzen erfreut, muß diese Immunität dazu ausgenutzt werden, die Partei in ihrer illegalen Tätigkeit der Organisation zu unterstützen.

5. Alle ihre parlamentarischen Aktionen müssen die kommunistischen Abgeordneten der Tätigkeit ihrer Partei außerhalb des Parlaments unterordnen. Die regelmäßige Einbringung von demonstrativen Gesetzentwürfen, die nicht dazu bestimmt sind, von der bürgerlichen Mehrheit angenommen zu werden, sondern für die Zwecke der Propaganda, Agitation und Organisation, muß auf Anweisung der Partei und ihres Zentralkomitees geschehen.

6. Bei Streikdemonstrationen der Arbeiter und sonstigen revolutionären Aktionen hat der kommunistische Abgeordnete die Pflicht, an der Spitze der Arbeitermassen an erster leitender Stelle zu stehen.

7. Die kommunistischen Abgeordneten müssen auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Wegen (unter der Kontrolle der Partei) schriftliche und jedwede andere Verbindungen mit revolutionären Arbeitern, Bauern und anderen Werktätigen anzuknüpfen suchen. Sie dürfen unter keinen Umständen gleich den sozialdemokratischen Abgeordneten handeln, die Geschäftsverbindungen mit ihren Wählern nachlaufen. Sie müssen sich jeder Zeit zur Verfügung der kommunistischen Organisation für jede Propagandaarbeit im Lande halten.

8. Jeder kommunistische Abgeordnete der Parlamente muß dessen eingedenk sein, daß er kein Gesetzgeber ist, der mit anderen Gesetzgebern eine Verständigung sucht, sondern Agitator der Partei,

der ins feindliche Lager entsandt ist, um dort Parteibeschlüsse durchzuführen. Der kommunistische Abgeordnete ist nicht der losen Wählermasse, sondern seiner lokalen oder illegalen kommunistischen Partei gegenüber verantwortlich.

9. Die kommunistischen Abgeordneten müssen im Parlament eine Sprache reden, die jedem einfachen Arbeiter, jedem Bauern, jeder Waldfrau, jedem Hirten verständlich ist, so daß die Partei die Möglichkeit hat, ihre Reden als Flugblätter herauszugeben und sie in den entlegensten Winkeln des Landes zu verbreiten.

10. Einfache kommunistische Arbeiter müssen in den bürgerlichen Parlamenten auftreten, ohne den sogenannten erfahrenen Parlamentariern den Vorrang zu überlassen — auch in den Fällen, wo die Arbeiter erst Anfänger auf parlamentarischem Gebiet sind. Im Notfall können die Abgeordneten aus der Mitte der Arbeiter ihre Reden direkt ablesen, damit die Reden in der Presse und in den Flugblättern abgedruckt werden können.

11. Die kommunistischen Abgeordneten müssen die Parlamentstribüne zur Entlarzung nicht nur der Bourgeoisie und ihrer offenen Handlanger, sondern auch zur Entlarzung der Sozialpatrioten, Reformisten, der Halbheit der Politiker des „Zentrums“ und anderer Gegner des Kommunismus und zur breiten Propaganda der Ideen der 3. Internationale ausnützen.

12. Die kommunistischen Abgeordneten haben sogar in den Fällen, wenn es ihrer nur wenige im ganzen Parlament gibt, durch ihr ganzes Betragen dem Kapitalismus gegenüber eine Herausforderung zu zeigen. Sie dürfen nie vergessen, daß nur derjenige des Namens eines Kommunisten würdig ist, der nicht nur in Worten, sondern auch in seinen Taten ein Erzfeind der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer sozialpatriotischen Handlanger ist.

Die USPD. und die dritte Internationale

Von W. Stephan, (Deutscher Eisenbahner-Verband).

Sich unter das Joch der kommunistischen Internationale beugen, würde nichts anderes bedeuten als die Zertrümmerung der Gewerkschaftsinternationale und unserer Partei, deren Geburtswehen darin bestanden, daß taubende von Revolutionären ihr Leben lassen mußten und wieder andere taubende heute noch hinter Gittern schmachten. Man kann unserer Partei wirklich nicht den Vorwurf machen, daß sie nicht revolutionär genug gewesen sei und am allerwenigsten denjenigen, die doch ihr alles im Interesse der Partei eingesetzt haben und auf dem Kampfplatz liegen geblieben sind.

In einer Zeit wie der jetzigen, wo eine Zusammenfassung aller revolutionären Parteien nicht nur erforderlich, sondern eine dringende Notwendigkeit ist, sind die Statuten der kommunistischen Internationale für uns nur unannehmbar. Unsere Aufgabe kann nicht die sein, zu zertrümmern, sondern aufzubauen. Die Annahme der Moskauer Bedingungen bedeutet eine Auseinanderreißung aller revolutionären Parteien. Sie dient nicht dem Zusammenschließen, sondern lediglich der Zerstückelung der Kräfte. Die Annahme der uns gestellten Bedingungen bedeutet nicht nur allein die Aufgabe der Selbstständigkeit unserer Partei, sondern vor allen Dingen auch die Vernichtung der Gewerkschaften. Hierdurch würde uns das beste Arbeitsfeld zum Revolutionieren entzogen und somit die Basis zerschmettert, auf welcher eine revolutionäre Tat nur möglich ist. Nicht in der kommunistischen Internationale liegt der Grundstein zu revolutionären Aktionen, sondern in den einzelnen Parteien und Gewerkschaften. Letztere sind für uns erst recht eine dringende Notwendigkeit, da sie uns den besten Boden liefern, auf welchem wir die Frucht stehen können, die wir zur Uebernahme der politischen Macht benötigen.

Wie man sich überhaupt die Bedingungen in die Praxis überlegt denkt, ist jedem unverständlich, der es ernst mit der Ausföhrung gegebener Statuten meint. Hervorzuheben braucht man nur das jährlich länderweise wechselnde Exekutivkomitee. Ferner die Leitung der kommunistischen Internationale von einer Stelle aus usw. usw. An die Verwirklichung des letzteren zu denken, noch viel weniger zu glauben, ist eine Ungeheuerlichkeit.

Noch ungeheurer ist es aber, wenn man die Einführung der Statuten mit dem Verlangen verbindet, daß diejenigen Genossen, die den Moskauer nicht revolutionär genug erscheinen, einfach aus unserer Partei hinausgeworfen werden sollen. Hiergegen ganz entschieden Front zu machen ist Aufgabe eines jeden Genossen. Es ist in unserer Partei kein Verbrechen, das ein solches Verlangen rechtfertigt, begangen worden. Es ist eben bei uns wie in jeder anderen Partei, daß die Meinungen und Urteile über einzelne Fragen nicht immer dieselben sind. Um die Partei wird es schlecht stehen, die in den eigenen Reihen Meinungen und verschiedene Ansichten nicht vertragen kann. Verstößen Einzelne gegen die bestehenden Parteigrundzüge, so sind wir noch Mannes genug, um selbst Ausreißer in unseren Reihen zu halten — aber keineswegs geht es an, daß wir uns vor-schreiben lassen, wen wir zu dulden oder nicht zu dulden haben.

Es fällt einem nicht leicht, all dieses zu Ungunsten der russischen Genossen vorbringen zu müssen, aber trotz alledem muß es einmal geschehen. Versteck spielen hat keinen Wert, wo man sich ansieht, über das Sein oder Nichtsein der Partei die Entscheidung herbeizuföhren.

Wir U. S. P. D.-Leute sind wirklich nicht die Leuten, die den russischen Brüdern durch Rat und Tat beiseite stehen — wie es ja nicht anders sein kann — aber daß wir uns unter uns zerstreuen sollen, ist eine Zumutung von der kommunistischen Internationale, die mehr als stark ist. Für uns kann und darf es keine Zertrümmerung geben, sondern nur ein rastloses Weiterarbeiten nicht nur in der Partei, sondern auch im internationalen Sinn. Es darf uns hierbei nicht eine einseitig gehobelte Internationale vor-schweben, sondern lediglich eine solche, in welcher Raum für alle revolutionären Parteien ist. Auf dieser Grundlage, die sehr leicht zu finden ist, kann einem internationalen Bunde mit Rußland nichts im Wege stehen.

Stimmen der Parteipresse

„Volks-Zeitung für das Vogtland“ (Plauen).

Unter den Ueberschriften: „Ein gescheiterter Versuch, Moskau nicht den Ansehluß der U. S. P. D., sondern ihre Vernichtung“, schreibt unser Plauerer Parteiblatt:

Unsere Unterhändler sind zurück. Sie bringen die Bedingungen mit, unter denen die Moskauer Internationale ihre Stärkung durch den Beitritt der deutschen U. S. P. D. gestatten will. Die Bedingungen sind nachstehend abgedruckt. Unsere Parteigenossen sollten sie genau lesen, sollten sie zwei- und dreimal lesen. Damit sie die ganz unsahbare Rauheit, mit der von Moskau aus die Schaffung einer wirklichen, massenfassenden revolutionären Internationale verhindert wird, verspüren. Denn diese Bedingungen lösen jede Möglichkeit auf eine organisierte Verbindung der U. S. P. D. mit den Bolschewisten auf lange Zeit und unweigerlich unbedingt und völlig aus. Diese Bedingungen verlangen den Selbstmord der U. S. P. D.

Von kleinsten kommunistischen Parteinteressen angetrieben, mit den Scheuklappen der ganz besonderen russischen Erfahrungen und Verhältnisse versehen, hat man in Moskau eine Schablone gezeichnet, in die alle revolutionären Strömungen der Welt — sei es auch unter Querschnitten und Knochenbrüchen — gepreßt werden sollen. Die organisierten und idealen Formen, unter denen sich die Revolution des agrarischen Rußlands bewegt, sollen ohne Widerrede und Einwendung, klar und blind von

den Trägern der revolutionären Bewegung der wirtschaftlich, kulturell und geistig vielfach ganz anders gearteten übrigen Welt angenommen werden. Selbst das Zweifeln an der Zweckmäßigkeit dieser Formen ist verboten und die Zweifler sind zu entfernen. Die Dritte Internationale begnügt sich in unverständlicher Verkennung ihrer Aufgaben damit, die Zusammenfassung aller Teilschen jener als „Kommunisten“ bezeichneten besonderen Gruppe der revolutionären Bewegung zu sein. Sie begnügt sich mit der Sammlung dieser Splitter der Gesamtbewegung. Sie weigert sich, Massenparteien aufzunehmen, die sich nicht in die Geistesenge dieser Sektens und Verschwörerzirkel einzwängen lassen können. Sie fürchtet, daß mit dem Eintritt großer Revolutionsparteien, die nicht in allen und jedem auf dem Boden der kommunistischen Bewegung stehen, das Wesen der Dritten Internationale sich so wandeln könnte daß sie mehr als ein ausschließlich den russischen Verhältnissen angepaßtes revolutionäres Werkzeug wäre. Der unbedingten Souveränität der Moskauer Zentrale willen wird die Bildung einer wirklichen Internationalen verhindert. Klein und von unsahbarer Enge des Gesichtskreises zeigen sich so die Leute der Dritten Internationale.

Die für unseren Eintritt in diese Internationale gestellten Forderungen sind unannehmbar. Wir möchten den Leuten, die sie als unabhängiger Sozialist vertreten kann. Denn diese Bedingungen verlangen das Aufheben des Bestandes einer unabhängigen Sozialistischen Partei.

Wollen wir in die kommunistische Internationale aufgenommen werden, so müssen wir uns zunächst gehoramt selbst zerstückeln.

Die den Kommunisten nicht genehmen Vertrauenspersonen und Funktionäre müssen aus der Partei entfernt werden. Die Zeitungen unserer Partei müssen durch „zuverlässige Kommunisten“ besetzt werden.

Die von den Parteigenossen in die Parlamente entsandten Vertreter müssen von den im Sinne der Kommunisten unzuverlässigen Elementen „gereinigt“ werden.

Die Zerstückelungsarbeit in der Arbeiterbewegung ist auf höchste zu steigern. Die Gewerkschaftsinternationale, die eben den Boykottkampf gegen Ungarn geführt und tapfer den Kampf gegen die Unterjochung Polens aufnimmt, wird als „gelb“ beschimpft und soll zertrümmert werden, weil sie nicht am Fäden von Moskau läßt.

Ein wahnsinnig verzerter Zentralismus soll den Parteienmitgliedern jedes Mitbestimmungsrecht nehmen. Das Exekutivkomitee in Rußland ist die alles entscheidende Instanz, die auch ein von uns pflichtgemäß neu zu schaffendes Parteiprogramm annehmen oder verwerten kann. Die Diktatur des Proletariats wird in diesen Händen zur Karrenspindel. Denn ein paar Duzend Menschen sollen unter dieser Flagge über die proletarischen Massen diktierend den Gang der Dinge in der Welt bestimmen.

Damit die unserer Partei gestellte tolle Zumutung nicht in Jorues- und Hohnesäußerung auf dem Parteitag ertrinkt, sollen vorher — alle die mit den Bedingungen nicht einverstanden Parteigenossen und Genossinnen aus der Partei hinausgeworfen werden.

Wir wissen nicht, ob der russische Mensch sich solcher Art Freiheit freut. Der deutsche — gar nicht zu reden vom westeuropäischen Arbeiter — lehnt sie ab.

Wir haben nur noch die Aufgabe, mit Betrübnis festzustellen, daß dieser Weg zur Schaffung einer unserer Zeit entsprechenden Internationale durch russische Schuld verarmt, unser ehrlicher Versuch gescheitert ist. Die Internationale aber wird doch kommen!

„Unabhängige Volkszeitung“, Dresden.

Wir veröffentlichen feinerzeit das von Sinowjew gezeichnete Schreiben der Moskauer Exekutive an die U. S. P. D. in vollem Wortlaut mitten in der Wahlbewegung, obwohl dieses Schreiben von haarsträubenden Angriffen auf unsere Partei, von Entstellungen und offenbaren Fälschungen nur so ströht. Wir teilen das ohne Rücksicht darauf, daß uns das Bekanntwerden dieses ominösen Schriftstückes für die Agitation und den Wahlerfolg Schaden bringen könnte. Wir wollten damit vielmehr eine Probe auf das Exempel des selbständigen Denkens und Urteilens der Proletarier-Wähler unseres Bezirks machen. Der Ausfall der Wahl zeigte, daß die Probe fast wider Erwarten gut bestanden wurde. Zugleich wollten wir aber mit der sofortigen Veröffentlichung auch dem Vorwurf begegnen, als ob unsere Partei diese Moskauer Kritik zu fürchten habe und ihr deshalb aus dem Wege gehen wolle. Nach einer objektiven Prüfung und entsprechenden Kommentierung bemerken wir, daß durch die Anwesenheit der Vertreter unserer Partei in Moskau, durch mündliche Aussprache an Ort und Stelle, die vielen dort herrschenden Irrtümer, hervorgerufen durch falsche, einseitige Informationen, aufgeklärt und beseitigt, und so der Weg zum Anschluß an die dritte Internationale freigegeben werden würde, für den wir stets mit Nachdruck unter dem Gesichtswinkel des Bestandes des Leipziger Parteitagbeschlusses eintraten.

In dieser Hoffnung sind wir und wohl unsere gesamte Partei durch die unbegreiflichen Beschlüsse des zweiten Kongresses der dritten Internationale schwer enttäuscht. Wir haben am Donnerstag die Bedingungen für die Beteiligung an der dritten Internationale veröffentlicht. Sie sind unseres Erachtens für die U. S. P. D. unannehmbar, einzelne davon müssen als kaum diskutabel bezeichnet werden. Diese Bedingungen bedeuten innerhalb der internationalen revolutionären Bewegung die Diktatur weniger Führer über die Massen der Proletarier. Das ist einer der Kernpunkte, auf die es ankommt, und die diese Bedingungen unannehmbar machen.

Man lese sie nur im einzelnen aufmerksam und prüfend durch. Ihre Annahme heißt unsere Partei aufgeben, bis auf den Namen sogar. Es darf keine unabhängige sozialistische Partei mehr geben, unsere Partei muß sich vielmehr der U. S. P. D. anschließen, mit ihr einigen. Nicht auf Grund der Entwidlung und Bestandigung, die etwa noch kommen kann, sondern nach dem Diktat dieser Beschlüsse auf Geheiß und Verderb. Alle Zeitungen sind von moskauisch gezeichneten Kommunisten zu leiten. Alle Zeitungsverlage und sonstigen Parteieinrichtungen sind unbedingt abhängig von der Zentrale. Die gesamte Propaganda und Agitation muß kommunistischen Charakter tragen. Für Deutschland ist solches Verlangen geradezu absurd. Hier frant die ganze, in verschiedene Teile gelpaltene kommunistische Bewegung an eigener Schwäche und inneren Widersprüchen. Fortwährend vollziehen sich neue Spaltungen, wie eben wieder in Hamburg. Selbst die fürstliche kommunistische (Spartakus-) Richtung ist schwach, kommt als Machtfaktor des Proletariats für sich allein zurzeit kaum in Betracht. Und fortwährend lösen sich noch Splitter von ihr los. Zugunsten dieser Gruppen und Sektens soll die U. S. P. D. ihre Selbstständigkeit aufgeben! Es hat den Anschein, als ob durch die Moskauer Beschlüsse die kommunistische Bewegung Deutschlands künstlich auf die Beine gebracht werden solle. — Reformistische und Zentrumsleute“ sollen aus der Partei und aus Parlamentarieraktionen usw. „entfernt“ und an ihre Stelle „bewährte Kommunisten“ gestellt werden. Das sind doch hahnhebende Zumutungen, wenn man bedenkt, wer denn nun eigentlich herausgeholt und zu den „Reformisten und Zentrumsleuten“ gezählt werden soll. Die Annahme der Moskauer Bedingungen bedeutete die Sprengung unserer Partei, die bereits zur einsigkräftigen des Proletariats aller Länder außerhalb Rußlands geworden ist und mit guter Aussicht auf weitere Entwicklung ihren Weg geht. . . .

Unter Punkt 10 der Bedingungen wird die Zertrümmerung der sogenannten „gelben“ Gewerkschafts-Internationalen gefordert. Auch dieses Verlangen halten wir für verkehrt und verhängnisvoll, wenn es durchgeführt würde. Trümmer und Zerstückelung gibt es in der sozialistischen Arbeiterbewegung schon mehr als zuviel. Man darf den Haufen nicht noch unnötig vergrößern. Die Bedingung steht auch im Widerspruch mit der Gewerkschaftstaktik im übrigen. Die Gewerkschaften sollen nicht zertrümmert, sondern zu revolutionären Kampforganen umgestaltet werden. Der Standpunkt ist richtig und ist auch der der U. S. P. D. Er muß konsequenterweise aber auch der Internationale der Gewerkschaften gegenüber angewendet werden, da er ja für die revolutionären Parteien aller Länder Geltung haben soll. Die in diesem Sinne sich vollziehende Umgestaltung der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern muß logischerweise automatisch auch entsprechende Wirkungen auf die gewerkschaftliche Internationale auslösen. Aber auch in Ruß-



